

AIHK MITTEILUNGEN

Wirtschaftspolitisches Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AIHK



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsleiter der AIHK, Aarau

Mit Sparen zum notwendigen Budgetausgleich für 2016

Liebe Leserinnen und Leser

Libérale Rahmenbedingungen und ein gesunder Staatshaushalt sind Voraussetzungen, damit Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. In den letzten Jahren konnte der Aargauer Staatshaushalt einigermaßen im Lot gehalten werden; Schulden wurden abgebaut. Die aktuelle Situation sowie die Zukunftsperspektiven sind aber besorgniserregend. Dies liegt hauptsächlich am übermässigen Ausgabenwachstum. Für das Budget 2016 hat die AIHK deshalb zusammen mit dem Gewerbeverband fünf Kernforderungen aufgestellt: 1. Auf eine Höherverschuldung ist zu verzichten. 2. Die Staatsquote muss mittelfristig auf unter 10 Prozent reduziert werden. 3. Keine Steuererhöhung. Die Steuerlast sowohl für juristische wie auch natürliche Personen darf nicht ansteigen. Die Erhebung

des Steuerzuschlags für den Finanzausgleich ausschliesslich zulasten der juristischen Personen ist rückgängig zu machen. 4. Die Staatsfinanzen dürfen nicht mittels Gebührenerhöhungen zulasten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen aufge bessert werden. Entlastungsmassnahmen sind auf der Ausgabenseite vorzusehen. 5. Die Personalausgaben des Kantons Aargau müssen um mindestens 3 Prozent reduziert werden. Der Stellenausbau des Kantons ist seit 2008 derart gross, dass es dringend eine Korrektur braucht. Der Regierungsrat geht bei den Forderungen 1, 2 und 5 erfreulicherweise in die richtige Richtung. Das verdient Anerkennung und Unterstützung. Nicht zufrieden sein können wir bei den Forderungen 3 und 4. Wir bleiben im Interesse der Unternehmen dran – unterstützen Sie uns dabei.

Empfehlung für die richtungsweisenden Wahlen

Die schweizerische Wirtschaft steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Die AIHK verlangt von der Politik grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit; der Staat soll sich darauf beschränken, bestmögliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Mit den anstehenden Wahlen werden die Weichen für die Politik der nächsten vier Jahre gelegt. Die AIHK zählt dabei in erster Linie auf die bewährten bürgerlichen Parteien – SVP, FDP und CVP. > Seite 62

Gut gerüstet für die Parlamentswahlen

Studiert man die kantonalen Statistiken zu den vergangenen drei Nationalratswahlen, stellt man – Materielles für einmal aussen vor gelassen – Folgendes fest: Seit 2003 ist die Wahlbeteiligung erfreulicherweise kontinuierlich gestiegen, ebenso aber leider auch die Anzahl eingegangener Wahlzettel, die für ungültig erklärt werden mussten. Zeit, um einige Stolperfallen und Unklarheiten aus dem Weg zu räumen. > Seite 64

Individuelle Unterstützung für Ausbildungserfolg

Vor kurzem haben 5200 junge Erwachsene ihre Lehrzeit mit dem Qualifikationsverfahren abgeschlossen. Im August sind 6000 Jugendliche in ihre Berufslehre gestartet. Die Lehrbetriebe bilden sie in den kommenden Jahren zu gefragten Fachkräften aus. Nicht immer gelingt der Einstieg in die Berufswelt aber problemlos. Das Case Management Berufsbildung trägt dazu bei, auch junge Menschen in schwierigen Situationen zu einem erfolgreichen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu führen. > Seite 66

«Manchmal braucht es einen Umweg zum Erfolg»

Sie sind innovativ, couragiert und manchmal auch ein bisschen verrückt – Jungunternehmer. Unsere Wirtschaft ist auf den Erfindergeist und das Engagement neuer Marktteilnehmer angewiesen. Die AIHK hat sich im Kreise ihrer Mitglieder umgehört und wollte wissen, was die Jungunternehmen antreibt, welche Klippen sie zu umschiffen haben und welche Ziele sie verfolgen. Heute im Fokus ist die iNovitas AG mit CEO Christian Meier. > Seite 68

NICHT VERPASSEN

Einladung zum Podium «Wieviel Staat wollen wir?»



Die AIHK und der Aargauische Gewerkschaftsbund laden am Mittwoch, 23. September 2015 zu einer vielversprechenden Podiumsdiskussion. Um 19.30 Uhr

werden im Gasthof zum Schützen in Aarau **Thierry Burkart (FDP)**, **Martin Keller (SVP)**, **Viviane Hösli (SP)** und **Claudia Mauchle (SP)** die Klängen kreuzen. Unter der Leitung von AZ-Redaktor Fabian Hägler diskutieren die vier Nationalratskandidaten über aktuelle wirtschaftspolitische Themen und wollen unter anderem die Frage «Wieviel Staat wollen wir?» klären.

Wir freuen uns, Sie an diesem Anlass begrüssen zu dürfen!



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

Empfehlung für die richtungsweisenden Wahlen

Die schweizerische Wirtschaft steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen. Die AIHK verlangt von der Politik grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit; der Staat soll sich darauf beschränken, bestmögliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Mit den anstehenden Wahlen werden die Weichen für die Politik der nächsten vier Jahre gelegt. Die AIHK zählt dabei in erster Linie auf die bewährten bürgerlichen Parteien – SVP, FDP und CVP.

Aus einer regelrechten Flut von Kandidierenden und Listen für die Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 werden die Wahlberechtigten auswählen können. Noch nie kandidierten so viele Personen. Auch bezüglich der Anzahl Listen werden Rekorde gebrochen. Keine einfache Sache für die Wählerinnen und Wähler, da den Überblick zu behalten. Der Vorstand der AIHK ruft

«Zersplitterung der Mitte hat sich nicht bewährt»

alle Wahlberechtigten dazu auf, an den Wahlen teilzunehmen. Während ein anderer Beitrag dieser Mitteilungen die formell-technischen Möglichkeiten im Zusammenhang mit den Wahlen erläutert, soll nachfolgend die

AIHK-Infos zu den Wahlen 2015

Verschiedene Informationen der AIHK rund um die anstehenden National- und Ständeratswahlen und die in diesem Zusammenhang stehenden Anlässe (Podiumsdiskussionen) finden Sie auf:

▪ der AIHK-Webseite:
www.aihk.ch/wahlen

▪ der AIHK-facebook-Seite:
[fb.com/aihk.ch](https://www.facebook.com/aihk.ch)

Besuchen Sie unsere Seiten und, wenn Sie mögen, markieren Sie sich mit einem «Gefällt mir» auf facebook. Wir würden uns sehr darüber freuen!

Wahlempfehlung der AIHK materiell dargestellt werden.

Rückblick auf die laufende Legislatur

Bei den Wahlen 2011 triumphierte – laut Medien – eine «neue Mitte». Aus wem genau sich diese Mitte zusammensetzte und wofür sie überhaupt stand, wusste niemand wirklich. Resümierend lässt sich nun aber festhalten, dass die sich dem Ende neigende Legislaturperiode aus Sicht der Wirtschaft von zahlreichen polarisierenden Vorlagen geprägt war. Die zersplitterte Mitte hat dabei versagt. So hat die Politik das Leben und Wirtschaften der Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land in den vergangenen vier Jahren keineswegs leichter gemacht. Jüngste Analysen sprechen von einem effektiven Linksrutsch des Parlaments seit den letzten Wahlen. Die neue Mitte hat sich aus Sicht der AIHK nicht bewährt, denn sie schwächte im Endeffekt die bürgerliche Politik.

Politische Grundsätze der AIHK

Die AIHK konzentriert sich grundsätzlich auf Sachpolitik. Die ordnungspolitische Grundhaltung der Kammer basiert darauf, dass sich der Staat strikte darauf beschränken soll, bestmögliche Rahmenbedingungen (Finanzen und Steuern, Bildung und Forschung, Raumentwicklung und Infrastruktur) zu gewährleisten. Demgegenüber sollen die Unternehmen allein und umfassend für die unternehmerische Politik zuständig, aber auch verantwortlich sein.

Auf Staatskrücken für Unternehmen, also direkte Wirtschaftsförderung, ist konsequent zu verzichten. Vor dieser Grundhaltung hält die AIHK auch an den langjährigen Stossrichtungen fest:

- grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit und Vertragsfreiheit der Sozialpartner;
- kleinstmögliche Belastung mit Abgaben (Steuern, Gebühren, usw.);
- Abbau der Regulierungsdichte und nutzloser Bürokratie;
- möglichst freiheitlicher, effizienter und schlanker Staat;
- Kampf gegen Machtkonzentration, Bürokratie und Technokratie.

Bei Wahlen engagiert sich die AIHK demgegenüber tendenziell weniger stark. Das aus dem vorstehenden Rückblick gezogene Fazit, die für unsere Unternehmen aktuell äusserst herausfordernde wirtschaftliche Situation und die anstehenden, gewichtigen wirtschaftspolitischen Fragestellungen haben die AIHK jedoch dazu bewogen, sich für die diesjährigen Wahlen ausnahmsweise etwas stärker zu engagieren.

Mit ihrem Engagement will die AIHK erreichen, dass die Stimme der Wirtschaft in der kommenden Legislaturperiode wieder mehr Gehör finden wird. Die AIHK plädiert deshalb für eine Stärkung des Milizprinzips und begrüsst es ganz

«Staat soll lediglich optimale Bedingungen schaffen»

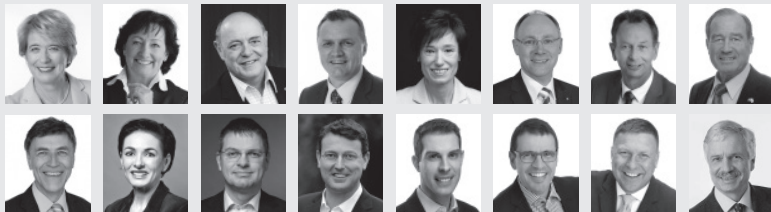
generell, wenn sich Unternehmerinnen und Unternehmer für ein politisches Mandat zur Verfügung stellen. Schliesslich schaffen unsere Unternehmen Arbeitsplätze und wirken damit quasi wie der essenzielle Treibstoff für die Wirtschaft, welche wiederum als Motor für den gesellschaftlichen Wohlstand angesehen werden kann. Die AIHK unterstützt Kandidierende, welche sich für eine freie Wirtschaft und optimale Rahmenbedingungen für die Unternehmen einsetzen.

Wahlziel und -empfehlung der AIHK

Ziel der AIHK für die Wahlen am 18. Oktober 2015 ist eine starke, bürgerlich-wirtschaftsfreundliche Vertretung des

Wahlen vom 18. Oktober 2015**Unsere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze**

Die von der AIHK empfohlenen Kandidatinnen und Kandidaten legen das politische Fundament dafür:



Kantons Aargau im Eidgenössischen Parlament. So strebt die AIHK im Ständerat eine ungeteilte bürgerliche Standesstimme an und im Nationalrat den Gewinn des zusätzlichen 16. Sitzes durch die CVP, FDP oder SVP.

Der Vorstand der AIHK betrachtet folgende Kandidatinnen und Kandidaten als besonders wirtschaftsfreundlich und empfiehlt sie deshalb zur Wahl in den Nationalrat:

1. Eichenberger Corina, Kölliken, FDP (bisher)
2. Flückiger Sylvia, Schöffland, SVP (bisher)
3. Giezendanner Ulrich, Rothrist, SVP (bisher)
4. Guhl Bernhard, Niederrohrdorf, BDP (bisher)
5. Humbel Ruth, Birmenstorf, CVP (bisher)
6. Knecht Hansjörg, Leibstadt, SVP (bisher)
7. Müller Philipp, Reinach, FDP (bisher)
8. Dr. Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick, SVP (bisher)
9. Stamm Luzi, Baden, SVP (bisher)
10. Binder Marianne, Baden, CVP
11. Burgherr Patrick, Rheinfelden, CVP
12. Burgherr Thomas, Wiliberg, SVP
13. Burkart Thierry, Baden, FDP
14. Jauslin Matthias, Wohlen, FDP
15. Keller Martin, Nussbaumen, SVP
16. Dr. Scholl Bernhard, Möhlin, FDP

Ausserdem empfiehlt die AIHK aus den Jungparteien den jungfreisinnigen Unternehmer Dr. Adrian Schoop aus Turgi zur Wahl.

Für die Ständeratswahlen empfiehlt die AIHK, zwei der drei nachstehenden Ständeratskandidaten auf dem Wahlzettel aufzuführen: Ruth Humbel (CVP), Hansjörg Knecht (SVP), Philipp Müller (FDP).

Die AIHK hofft, dass auch Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, am 18. Oktober 2015 an den Wahlen teilnehmen werden. Das nach den Wahlen neu bestellte Parlament wird über diverse, für den Wirtschaftsstandort Schweiz höchst bedeutende Geschäfte beraten und befinden. Sofern Sie im Kanton Aargau wahlberechtigt sind, berücksichtigen Sie beim Ausfüllen der Wahlzettel bitte die Wahlempfehlungen der AIHK, so dass unsere politischen Grundsätze und die diesbezüglichen Stossrichtungen im Parlament wieder vermehrt berücksichtigt werden.

FAZIT

Die AIHK engagiert sich für eine starke, bürgerlich-wirtschaftsfreundliche Vertretung des Kantons Aargau im Eidgenössischen Parlament. Für die National- und Ständeratswahlen hat die AIHK alle Kandidierenden sorgfältig auf ihre Wirtschaftsfreundlichkeit hin geprüft. Mit den gestützt darauf zur Wahl empfohlenen Kandidatinnen und Kandidaten erhofft sich die AIHK eine bessere Repräsentation ihrer wirtschaftspolitischen Grundhaltung im Parlament – weniger Regulierung, mehr Eigenverantwortung. Zum Wohle unserer Wirtschaft.

DER AARGAU IN ZAHLEN**Bevölkerungsmässig der viertgrösste Kanton der Schweiz**

Per Ende Dezember 2014 zählte der Aargau 644 830 Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind 9033 Personen oder 1,4 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Die schweizerische Bevölkerung beläuft sich auf 491 677 Personen, die ausländische auf 153 153 Personen; der Ausländeranteil beträgt damit 23,8 Prozent.

Im bevölkerungsmässig viertgrössten Kanton der Schweiz hält das Bevölkerungswachstum weiter an. Die Zunahme basiert hauptsächlich auf dem positiven Wanderungssaldo von 5965 Personen, während der Geburtenüberschuss bei 1860 Personen lag. Für das Jahr 2014 weisen alle elf Bezirke ein positives Bevölkerungswachstum auf. In absoluten Zahlen gesehen wuchsen die Bezirke Baden, Lenzburg und Zofingen am stärksten; relativ betrachtet sind dagegen die Bezirke Lenzburg, Rheinfelden, Muri und Brugg stark gewachsen.

VERLINKT & VERNETZT**www.marktplatz-aihk.ch**

Unsere Mitglieder publizieren **Stellen, Geschäftsimmobilien und Veranstaltungen/Seminare** direkt auf www.marktplatz-aihk.ch
Der Marktplatz ist für alle Interessierten einsehbar.

Stellen

STELLEN Angebote	ANBIETER Mitgliedfirmen	GESUCHE von Arbeitnehmenden
----------------------------	-----------------------------------	---------------------------------------

Datum | Unternehmen | Tätigkeitsfelder | Anstellungsposition
Elektroingenieur/Elektroingenieurin  
Mit Ihren Entwicklungsideen für Sensoriklösungen wächst nicht nur das Unternehmen, sondern wachsen auch Sie!

Geschäftsimmobilien

GESCHÄFTSIMMOBILIEN Angebote	ANBIETER Mitgliedfirmen	GESUCHE Mieten, Kaufen
--	-----------------------------------	----------------------------------

Attraktive Büroflächen 
Im Aargau entsteht ein modernes Bürogebäude nach neuesten energetischen Standards.

Veranstaltungen, Seminare

VERANSTALTUNGEN von Mitgliedfirmen	VERANSTALTER Mitgliedfirmen	INSERIEREN Erfassen, Bearbeiten
--	---------------------------------------	---

Datum | Ort | Veranstalter | Kategorie
Wirtschaftswochen an den Aargauer Kantonsschulen 
Seit Jahren organisiert die Aargauische Industrie- und Handelskammer erfolgreich die Wirtschaftswochen (WIWO) an den Aargauer Kantonsschulen.
Ab dem 21. September 2015 sollen Kantonsschülerinnen und Kantonsschüler durch den persönlichen Kontakt und durch praxisbezogene Diskussionen mit Vertretern der Wirtschaft die Ideenwelt der Unternehmung und deren Umwelten verstehen und beurteilen lernen.



Sarah Suter, MLaw
Juristische Mitarbeiterin der AIHK, Aarau

Gut gerüstet für die Parlamentswahlen

Studiert man die kantonalen Statistiken zu den vergangenen drei Nationalratswahlen, stellt man – Materielles für einmal aussen vor gelassen – Folgendes fest: Seit 2003 ist die Wahlbeteiligung erfreulicherweise kontinuierlich gestiegen, ebenso aber leider auch die Anzahl eingegangener Wahlzettel, die für ungültig erklärt werden mussten. Zeit, um einige Stolperfallen und Unklarheiten aus dem Weg zu räumen.

Am 18. Oktober ist es wieder soweit: Für eine neue Amtsperiode von vier Jahren wählen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Volks- und Kantonsvertreter ins Parlament. Der Nationalrat umfasst 200 Sitze, welche nach Bevölkerungszahl auf die 26 Kantone verteilt werden. Der Kanton Aargau gewinnt in diesem Jahr einen Sitz und wird neu mit 16 anstatt wie bis anhin nur mit 15 Nationalrätinnen und Nationalräten in Bern vertreten sein. Im Ständerat gilt es 46 Sitze zu besetzen. Unabhängig von der Bevölkerungszahl entsendet jeder Kanton zwei Vertreter. Eine Ausnahme gilt für Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Obwalden und Nidwalden, welche je nur einen einzigen Ständerat wählen.

Proporz und Majorz

In den meisten Kantonen werden die Nationalräte nach dem sogenannten *Proporzwahl*system gewählt. In einem ersten Schritt wird dabei die Anzahl zur Verfügung stehender Sitze auf die kandidierenden Parteien verteilt, und zwar proportional zur Anzahl Parteistimmen, die sie erhalten haben. Die Anzahl Parteistimmen ergibt sich aus der Summe der Kandidatenstimmen sowie der Zusatzstimmen der einzelnen Listen. Erst in einem zweiten Schritt werden die Sitze, die einer Partei zugesprochen worden sind, dann auf jene Kandidatinnen und Kandidaten verteilt, die innerhalb der Liste am meisten Stimmen erhalten haben. Anders als bei der Proporzwahl ist bei

der *Majorzwahl* derjenige Kandidat gewählt, der die Mehrheit der Stimmen erhält. Die Nationalräte der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Uri, Obwalden und Nidwalden werden in einer solchen Mehrheitswahl gewählt. Dies weil die sechs Kantone aufgrund ihrer Bevölkerungszahl nur je einen Nationalrat wählen können. Die Ständeräte werden in den meisten Kantonen ebenfalls per Majorzsystem gewählt.

Listenverbindung und Unterlistenverbindung

Um ihre Wahlchancen zu erhöhen, können Parteien und politische Gruppierungen auch Listenverbindungen und Unterlistenverbindungen eingehen. Der Wähler erkennt solche Verbindungen

durch einen Vermerk auf dem Wahlzettel. Eine Listenverbindung hat zur Folge, dass die verbundenen Parteilisten bei der Auszählung wie eine einzige Liste behandelt werden. Damit steigen die Aussichten auf einen zusätzlichen (gemeinsamen) Sitz. In einem zweiten Schritt werden die gemeinsam eroberten Sitze nach den Proporzregeln auf die einzelnen Listen innerhalb der Listenverbindung verteilt. Gewählt sind dann jene Kandidierenden mit den meisten Stimmen.

Bei der Unterlistenverbindung handelt es sich um eine Listenverbindung zweiter Stufe. Dabei schliessen sich einzelne Partner *innerhalb der Listenverbindung* zusammen, um ihre Stimmen zu bündeln und damit ihre Chancen bei der Verteilung der Sitze gegenüber anderen Listenverbindungspartnern zu erhöhen. Solche Unterlistenverbindungen sind per Gesetz nur gültig zwischen Listen gleicher Bezeichnung, die sich einzig durch einen Zusatz zur Kennzeichnung des Geschlechts, der Flügel einer Gruppierung, der Region oder des Alters unterscheiden. Typisches Beispiel für eine Unterlistenverbindung ist die Verbindung der Mutterpartei mit ihrer Jungpartei.

Kein Tipp-Ex, keine Schreibmaschine

Soviel zu den Fakten, kommen wir zum Eingemachten bzw. zum Ausfüllen des Wahlzettels. Dass bei den letzten Nationalratswahlen im Aargau rund 3,4 Prozent der eingegangenen Wahlzettel leer oder ungültig eingelegt worden sind, zeigt, dass doch einige Stolperfallen lauern. Das Bundesgesetz über die politischen Rechte hält in Artikel 38 fest, wann Wahlzettel ungültig sind. Ungültig sind sie, wenn sie:

- nicht amtlich sind;
- keinen Namen eines Kandidaten des Wahlkreises enthalten;
- ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
- anders als handschriftlich ausgefüllt oder geändert sind. Achtung: Auf dem Wahlzettel zum Streichen kein Tipp-Ex oder die Schreibmaschine verwenden. Beides macht den Wahlzettel ungültig.

Darum geht es

Stöckli – hätten Sie's gewusst?

Im Zusammenhang mit der kleinen Kammer, dem Ständerat, ist oft auch die Rede vom «Stöckli». Die Bezeichnung Stöckli ist darauf zurückzuführen, dass im Ständerat tendenziell bereits etwas erfahrenere Politikerinnen und Politiker sitzen als im Nationalrat. Denn «Stöckli» kommt ursprünglich aus dem Berndeutschen und meint das Auszugshaus – das kleinere Wohnhaus neben grösseren Bauernhöfen, welches traditionellerweise von der älteren Generation bewohnt wird.

Listenverbindungen auf einen Blick

Annahme: Es sind zwei Sitze zu vergeben. Die Stimmen sind in diesem Verhältnis an fünf Parteien gegangen:

Partei	A	B	C*	D*	E
Stimmenanteil	40%	25%	15%	12%	8%

* Partei C und Partei D sind eine Listenverbindung eingegangen

- Den ersten Sitz holt sich die Partei A mit 40 Prozent der Stimmen.
- Die nächstbeste Partei wäre eigentlich Partei B mit 25 Prozent der Stimmen. Da Partei C (mit 15%) und Partei D (12%) allerdings eine Listenverbindung eingegangen sind, erhalten sie zusammen 27% der Stimmen und schnappen Partei B damit den zweiten Sitz weg.
- Innerhalb der Listenverbindung von Partei C und Partei D fällt der Sitz nun Partei C zu.

Neben diesen vier Ungültigkeitstatbeständen können die Kantone jeweils weitere definieren. So ist im Aargau die Stimmabgabe auch ungültig, wenn der Stimmausweis nicht unterzeichnet oder gar nicht erst beigelegt wird oder wenn gleich mehrere Listen ins Wahlcouvert gesteckt werden.

Streichen, Kumulieren, Panaschieren

Für die Nationalratswahlen stehen den Wählerinnen und Wählern schliesslich zwei Arten von amtlichen Wahlzetteln zur Verfügung: vorgedruckte und leere. Für beide gilt, dass nicht mehr Namen auf dem Wahlzettel stehen dürfen, als der Kanton Sitze zu gute hat. Im Aargau dürfen also maximal 16 Namen aufgeführt werden, überzählige Namen werden gestrichen.

Wer den vorgedruckten Wahlzettel benützt, kann ihn unverändert einlegen, so wie es bei den letzten Nationalratswahlen rund ein Drittel der Aargauer Wählerinnen und Wähler gemacht hat. Der vorgedruckte Wahlzettel kann aber auch wie folgt verändert werden:

- **Streichen:** Vorgedruckte Namen dürfen von Hand durchgestrichen werden. Der durchgestrichene Kandidierende erhält dann keine Stimme; die nun leere Zeile gilt als Parteistimme.
- **Kumulieren:** Vorgedruckte Namen dürfen von Hand *einmal* wiederholt werden (überzählige Wiederholungen werden gestrichen).
- **Panaschieren:** Vorgedruckte Namen einer Liste dürfen gestrichen und an deren Stelle Namen aus anderen Listen eingetragen werden. Damit erhält der

Kandidierende, der eingetragen wurde, eine Kandidatenstimme und seine Partei eine Parteistimme.

Hat ein vorgedruckter Wahlzettel leere Zeilen, können diese aufgefüllt (durch kumulieren und/oder panaschieren) oder leergelassen werden. Leergelassene Zeilen zählen als zusätzliche Parteistimme.

Beim Benützen des leeren Wahlzettels kann die Bezeichnung und Nummer der bevorzugten Partei selber eingetragen werden. Leere Linien werden dann dieser Partei als Parteistimmen angerechnet. Fehlen Bezeichnung und Nummer einer Partei, werden die leeren Zeilen keiner Partei zugeordnet. Der Wahlzettel muss mindestens einen Namen eines wählbaren Kandidierenden enthalten, darüber hinaus ist auch hier kumulieren und panaschieren möglich.

Für die Wahl der beiden Ständeräte gibt es keine vorgedruckten Listen. Die Wählerinnen und Wähler müssen ihre zwei Favoriten also von Hand in eine leere Liste eintragen.



FAZIT

Aus 288 Kandidierenden wählt das Aargauer Stimmvolk am 18. Oktober für eine neue Amtsperiode von vier Jahren 16 Nationalrätinnen und Nationalräte sowie zwei Ständerätinnen oder Ständeräte. Die AIHK hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung, wenig ungültige Wahlzettel und die Berücksichtigung möglichst vieler wirtschaftsfreundlicher Politikerinnen und Politiker. Auf zur Urne!

DIE 1803-ER IM VERGLEICH

Heute: Aargau vs. Waadt

Arbeitslosenquote, Exportstärke, Bevölkerungsdichte: Wie schneidet unser Wirtschaftskanton im Duell mit den anderen fünf Kantonen ab, die wie er ebenfalls im Jahr 1803 gegründet worden sind? Heute im Vergleich le Pays de Vaud – der Kanton Waadt.

		
Fläche	1404 km ²	3212 km ²
Gemeinden	213	318
Einwohner (Ende 2014)	644 830	755 369
Bevölkerungsdichte (Ende 2014)	459 Pers./km ²	235 Pers./km ²
Ausländeranteil (Ende 2014)	23,8%	31,8%
Beschäftigte (STATEMENT, 2012)	322 176	414 575
Arbeitsstätten (STATEMENT, 2012)	43 490	56 190
Arbeitslosenquote (August 2015)	3,0%	4,9%
Export in CHF pro Einwohner (2013)	15 773	18 537
Sitze im Nationalrat (2011 bis 2015)	15	18

DIE AIHK NIMMT STELLUNG

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Auf unserer Website finden Sie eine Übersicht über die laufenden Vernehmlassungen mit den dazugehörigen Unterlagen. Sie sind herzlich eingeladen, uns Ihre Beurteilung der einzelnen Vorlagen bekannt zu geben.

Aargau: Entwicklung der Berufsfach- und Mittelschulen

Anhörung Standort- und Raumkonzept Sekundarstufe II

Der Regierungsrat schlägt Verbesserungen vor, damit die Rahmenbedingungen für eine attraktive berufliche Grund- und Mittelschulbildung auch in Zukunft gut sind. Er gibt drei Varianten für den Berufsbildungsbereich sowie eine moderate Reorganisation bei den Mittelschulen in die Anhörung.

Meinung einbringen
bis 23. September 2015

www.aihk.ch/vernehmlassungen



Peter Lüscher, lic. iur.
Geschäftsführer der AIHK, Aarau

Individuelle Unterstützung für Ausbildungserfolg

Vor kurzem haben 5200 junge Erwachsene ihre Lehrzeit mit dem Qualifikationsverfahren abgeschlossen. Im August sind 6000 Jugendliche in ihre Berufslehre gestartet. Die Lehrbetriebe bilden sie in den kommenden Jahren zu gefragten Fachkräften aus. Nicht immer gelingt der Einstieg in die Berufswelt aber problemlos. Das Case Management Berufsbildung trägt dazu bei, auch junge Menschen in schwierigen Situationen zu einem erfolgreichen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu führen.

Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Alle Auswertungen zeigen, dass ein fehlender Abschluss auf der Sekundarstufe II das Risiko von Arbeitslosigkeit markant erhöht. Die Erhöhung der Abschlussquote gehört deshalb

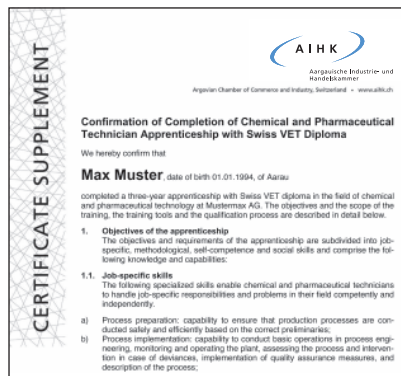
«Teure Lehrabbrüche vermeiden»

zu Recht zu den bildungspolitischen Zielen, die Bund und Kantone gemeinsam festgelegt haben. Bis im Jahr 2020 sollen 95 Prozent aller 25-Jährigen über einen nachobligatorischen Abschluss verfügen. Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II im Jahr 2014 liegt gesamtschweizerisch bei 94,7 Prozent, im Kanton Aargau bei 90 Prozent. Mit gezielten Massnahmen, beispielsweise Case Management Berufsbildung (CM BB) soll die angestrebte Abschlussquote erreicht werden.

Erfolgreiche Berufsbildung

Die schweizerische Berufsbildung ist ein Erfolgsmodell. Die arbeitsmarktnahe, praxisbezogene und theoretisch fundierte Grund- und Weiterbildung deckt den Fachkräftebedarf der Unternehmen weitgehend. Sie ermöglicht den Absolventinnen und Absolventen einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt und eröffnet ihnen längerfristige Entwicklungsperspektiven. Das haben mittlerweile auch andere Länder entdeckt. So ist es kein Zufall, dass sogar hochrangige Vertretungen aus den USA Ausbildungsbetriebe im Aargau besuchen. Die aus diesem

Interesse resultierenden Chancen gilt es zu nutzen, um den Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Grundbildung wie der höheren Berufsbildung die verdiente Anerkennung ihrer Abschlüsse im Ausland zu verschaffen. Der Bund arbeitet seit längerer Zeit an entsprechenden (englischen) Titeln und Einstufungsmodellen für Berufsbildungsabschlüsse. Die AIHK unterstützt diese Vorhaben. Mit unserem «Certificate supplement» können Lehrbetriebe bereits heute ihren Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern den Weg ins Ausland ebnen.



Weist die beruflichen Qualifikationen im Detail aus: Das AIHK-«Certificate Supplement»

Die Lehrstellensituation präsentiert sich diesen Sommer insgesamt positiv. Trotz der für viele Unternehmen schwierigen Wirtschaftslage ist die Zahl der angebotenen Lehrstellen insgesamt stabil geblieben. Das Angebot übersteigt damit die Nachfrage weiterhin. In besonders beliebten Berufsfeldern (kaufmännischer Bereich, Informatik, Gesundheits- und Sozialberufe)

übersteigt allerdings die Nachfrage das Angebot. Umgekehrt verhält es sich insbesondere in den Bau- und baunahen sowie verschiedenen handwerklichen Berufen. Jugendliche mit sozialen oder schulischen Defiziten bekunden nach wie vor Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Dies zeigt sich auch daran, dass 877 Jugendliche in ein Brückenangebot eingetreten sind. Wir müssen uns – nicht nur, aber auch – aus Kostengründen dafür einsetzen, dass möglichst alle Schulabgänger nahtlos in eine Berufsbildung einsteigen können. Die Volksschule muss dazu ebenso einen Beitrag leisten wie die Lehrbetriebe.

Genügend Maturanden

988 der 5935 neuen Lernenden absolvieren die Berufsmaturität (16,6 Prozent). Das ist erfreulich, wenn auch die Berufsmaturitätsquote je nach Berufsfeld sehr unterschiedlich ist. Die Berufsmaturität bildet eine wichtige Alternative für leistungsstarke Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die nicht den allgemeinbildenden Weg beschreiten wollen. Die AIHK erachtet es als wichtig, dass die Lehrbetriebe dies ermöglichen. Die Zahl der Eintritte in Mittelschulen ist mit gut 1700, davon 1116 ins Gymnasium, auch diesen Sommer hoch genug. Der Blick ins Ausland zeigt, dass eine möglichst hohe Maturitätsquote nicht erstrebenswert ist. Es sind aus unserer Sicht vielmehr eine möglichst hohe Qualität der Matura mit der Befähigung zum Hochschulstudium und eine möglichst tiefe Studienabbrucherquote anzustreben. Dank der Durchlässigkeit unseres Systems können ja auch Personen mit Berufsbildungsabschlüssen bei Interesse und Eignung Hochschulstudien absolvieren.

CM BB als Hilfe gegen das Scheitern

Trotz sorgfältiger Auswahl und Ausbildung funktionieren leider nicht alle Lehrverhältnisse vom ersten bis zum letzten Tag problemlos. In vielen Fällen kommt es sogar zur Auflösung des Lehrverhältnisses. Das ist nicht nur für die Lernenden, sondern auch für die Lehrbetriebe eine Belastung. Hier gilt

Darum geht es

- Im Departement Bildung, Kultur und Sport, BKS besteht seit 2009 die Fachstelle Team 1155. Nach zweimaliger Verlängerung läuft dieses Projekt bis Ende Juli 2016. Der Nettoaufwand beträgt insgesamt 4,5 Millionen Franken, der Stellenetat aktuell 4,8 Stellen.
- Bis Juni 2015 hatte die Fachstelle 1280 Kontakte zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen, 755 von ihnen wurden persönlich beraten. Aktuell werden jährlich rund 250 aktive Fälle begleitet und beraten.
- Der Regierungsrat will das CM BB / Fachstelle Team 1155 von einem Projekt in eine Daueraufgabe mit jährlich wiederkehrenden Kosten von 940 800 Franken umwandeln.

es anzusetzen. Einen Beitrag leisten können die Berufsprofile des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Zusammen mit den Checks der Volksschule zeigen sie, ob jemand die Anforderungen eines Berufes erfüllt oder nicht. Schnupperlehren tragen dazu bei, dass die an einem Beruf Interessierten ein realistisches Bild der konkreten Inhalte und Tätigkeiten bekommen. Beides sind wichtige Ergänzungen zu den Informationen der Berufsberatung.

Case Management Berufsbildung bezeichnet den Prozess, mit dem gefährdete Jugendliche in komplexen Situationen eine adäquate Unterstützung zur Erreichung einer nachobligatorischen Ausbildung erhalten sollen.

«Eine gute Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit»

Die Unterstützung der Jugendlichen kann sowohl beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung, als auch während der beruflichen Grundbildung nötig sein. Die Case Managerin bzw. der Case Manager ist dafür besorgt, dass auf dem Weg von der Schule über die berufliche Grundbildung bis zum Abschluss keine

Versorgungslücken entstehen und ein Ausbildungsabbruch ohne Anschlusslösung möglichst vermieden werden kann. Die Risikogruppe wird bereits im Abschlussjahr der obligatorischen Volksschule identifiziert und erfasst. Hinzu kommen Jugendliche, bei denen akut ein Lehrabbruch droht oder welche eine Zwischenlösung ohne Anschluss entweder frühzeitig oder

«Case Management nur für Spezialfälle»

regulär beenden.

Case Management zeigt nach unserer Einschätzung gute Resultate, auch wenn es keine Wunder vollbringen kann. Ob es dazu fast 5 Stellen braucht oder ob sich das auch mit einem bescheideneren Personaleinsatz realisieren lässt, ist zu prüfen. Die Anhörungsunterlagen geben zu dieser Frage nur wenige Informationen her. Sicher darf CM BB nicht noch weiter ausgedehnt werden. Nur wenige Schülerinnen und Schüler brauchen eine derart umfassende Betreuung von der Berufswahl bis zum Lehrabschluss. Fast alle erreichen das Ziel eigenverantwortlich im Zusammenwirken mit Eltern, Lehrpersonen und Berufsbildnern. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

FAZIT

Eine erfolgreiche Berufsbildung braucht ein gutes Zusammenwirken aller Beteiligten. Die Volksschule schafft die Basis. Die Organisationen der Arbeitswelt legen in Zusammenarbeit mit dem Staat die Ausbildungsinhalte fest und aktualisieren diese regelmässig. Die Unternehmen stellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lehrstellen zur Verfügung, wählen geeignete Schulabgängerinnen und Schulabgänger als Lernende aus und bieten ihnen eine gute Grundbildung. Der Kanton organisiert den schulischen Teil in Zusammenarbeit mit den Schulträgern und gewährleistet die Aufsicht. Case Management kann als Unterstützung in Sonderfällen hilfreich sein. Ist es deshalb sinnvoll, es zur staatlichen Daueraufgabe zu machen? Wie viele Ressourcen sind dafür notwendig? – Nutzen Sie die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

KURZ & BÜNDIG

Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten nehmen zu

Im Jahr 2014 hatten 44,6 Prozent der Arbeitnehmenden flexible Arbeitszeiten – das geht aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2014 hervor. Als flexibel gelten dabei Wochen- oder Monatsarbeitszeit mit oder ohne Blockzeiten, Jahresarbeitszeit oder Arbeitszeiten ohne formale Vorgaben. Auch der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen ist von 31,7 Prozent im Jahr 2004 auf 36 Prozent im Jahr 2014 gestiegen. Während die Frauen mehrheitlich Teilzeit arbeiten (59,2 Prozent), ist der Teilzeitanteil bei Männern mit 15,9 Prozent noch immer relativ gering.

NICHT VERPASSEN

Wichtige Termine und kommende Netzwerkanlässe

- | | |
|--------------|---|
| 13. Oktober | Herbstanlass
Regionalgruppe Brugg |
| 18. Oktober | National- und
Ständeratswahlen |
| 21. Oktober | Herbstanlass
Regionalgruppe Aarau |
| 27. Oktober | Herbstanlass
HR-Netzwerk und
Regionalgruppe
Lenzburg |
| 28. Oktober | Herbstanlass
HR-Netzwerk Baden |
| 29. Oktober | Mitgliederversammlung
Regionalgruppe Fricktal |
| 17. November | Vorbereitung auf die
Pensionierung
Regionalgruppe Brugg |

www.aihk.ch/agenda

SCHLUSSPUNKT

«Es gibt Leute, die halten den Unternehmer für einen rüdigen Wolf, den man totschiessen müsse, andere meinen, der Unternehmer sei eine Kuh, die man ununterbrochen melken kann. Nur ganz wenige sehen in ihm das Pferd, das den Karren zieht.»

Winston Churchill, 1874–1965,
britischer Staatsmann und
Premierminister

Serie: Am Puls der Jungunternehmer
iNovitas AG, Baden, gegründet 2011

«Manchmal braucht es einen Umweg zum Erfolg»

Sie sind innovativ, couragiert und manchmal auch ein bisschen verrückt – Jungunternehmer. Unsere Wirtschaft ist auf den Erfindergeist und das Engagement neuer Marktteilnehmer angewiesen. Die AIHK hat sich im Kreise ihrer Mitglieder umgehört und wollte wissen, was die Jungunternehmen antreibt, welche Klippen sie zu umschiffen haben und welche Ziele sie verfolgen. Heute im Fokus ist die iNovitas AG mit CEO Christian Meier.



Christian Meier, CEO der iNovitas AG, am Swiss Economic Forum. (Bild: zVg.)

Christian Meier, dieses Jahr haben Sie den Swiss Economic Award in der Kategorie Dienstleistung gewonnen. Was bedeutet Ihnen diese Auszeichnung?

Für uns bestätigt diese Auszeichnung, dass wir mit den richtigen Leuten auf dem richtigen Weg sind. Und das motiviert ungemein.

Spulen wir zurück: Was stand ganz am Anfang von iNovitas?

Die Idee, den Infrastrukturkorridor – also den Strassen- und Schienenraum – einfach und präzise aufzunehmen bzw. abzubilden und allen Personen für ihre tägliche Arbeit zugänglich zu machen.

Macht das nicht schon Google mit seinen Aufzeichnungsfahrzeugen?

Nicht in dieser Form, denn unsere Bilder sind im Gegensatz zu denen von Google «intelligent». Es handelt sich um hochauflösende, georeferenzierte 3D-Bilder, die eine ganze Flut von Informationen enthalten. Diese Bilder respektive die Daten dahinter ermöglichen es,

Strassen oder Bahnlinien hochpräzise und per Mausclick auszumessen und Zustände zu erkennen, ohne effektiv vor Ort sein zu müssen.

Wie kommt man auf eine derartige Geschäftsidee?

Sie haben bestimmt auch schon Leute gesehen, die sich für Vermessungs- oder Projektarbeiten auf der Strasse teilweise in riskante Situationen begeben müssen... Wir waren sicher, dass solche Manöver nicht nötig sind und sich diese Arbeit auch auf ungefährlichere und effizientere Weise machen lässt. Zudem wollten wir es ermöglichen, dass die relevanten Daten für alle an einem Projekt Beteiligten jederzeit abrufbar sind, und nicht nur jeweils für die vier Personen, die gerade die Köpfe über einem Plan zusammenstrecken.

Zweifelten Sie nie an Ihrer Idee?

Die Idee an sich bzw. den Nutzen solcher infra3D-Produkte stellten mein Geschäftspartner Hannes Eugster und ich nie in Frage. Wahrscheinlich war es diese felsenfeste Überzeugung, die uns alle anderen Zweifel hat über Bord werfen lassen. Und so starteten wir im Januar 2011 als Spin-off-Unternehmen des Instituts Vermessung und Geoinformation der FHNW in Muttenz.

Wie verlief Ihr Start?

Ganz ehrlich?... (zögert) Brutal. Als Jungunternehmen mit einer neuartigen Leistung den Markteintritt zu schaffen, ist schon happig. Auf der einen Seite hat man damit zu kämpfen, dass die Erfahrungen noch klein sind und das Produkt vielleicht auch noch

nicht ganz so rund ist wie heute. Andererseits jagt man unentwegt potenziellen Kunden und Ansprechpartnern nach, bis dann irgendwann fast zu viel auf einmal reinkommt und man wieder am anderen Ende rotiert.

Können Sie etwas aus dieser Zeit mitnehmen?

Ja, dass man manchmal erst auf Umwegen zum Erfolg kommt und sich deshalb von Rückschlägen nicht entmutigen lassen sollte.

Wo stehen Sie heute, rund vier Jahre nach der Gründung?

Wir sind in sehr kurzer Zeit sehr weit gekommen, sogar über die Landesgrenzen hinaus. Gerne würden wir hier anknüpfen und den internationalen Markt weiter erschliessen.

Was ist das Schöne am Unternehmertum?

Für mich ist es einerseits der Aspekt des «Spuren Hinterlassens» – etwas Eigenes nachhaltig aufbauen zu können. Andererseits finde ich es auch einfach grossartig, ein so wunderbares Team führen zu dürfen. Das motiviert und inspiriert Tag für Tag.

Welche Eigenschaften sollte man als Jungunternehmer mit sich bringen?

Man braucht Ausdauer und die Fähigkeit, sein eigenes Tun auch mal zu hinterfragen. Daneben sollte man ein Stückweit auch ein «Stehaufmännchen» sein. Das hilft, um Rückschläge besser wegstecken und positiv nach vorne blicken zu können. (Interview: su.)

ZUM JUNGUNTERNEHMEN

iNovitas AG

- **Sitz:** Baden-Dättwil
- **Gründungsjahr:** 2011
- **Idee:** Dienstleister im Bereich von Strassen- und Schieneninfrastrukturen. Der infra3D-Service beliefert die Kunden mit einer intelligenten und hochauflösenden 3D-Bilddatenbank und vereinfacht Infrastrukturunterhalt, -management, -planung und -realisierung.
- **Webseite:** www.inovitas.ch